Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/286
07.11.2006

Ausschuss für Bauen und Verkehr

27. Sitzung (öffentlich)

7. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

14:05 Uhr bis 16:15 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse: Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss, den ursprünglichen Punkt 1 der Tagesordnung „Haushaltsgesetz 2007“ von der Tagesordnung abzusetzen und diesen in einer Sondersitzung am 14. November zu beraten. 1

1 Aktuelle Viertelstunde 3

hier: **Kontrollen zu Überschreitungen des LKW-Ladungsgewichtes**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch einen Vertreter des Innenministeriums entgegen und führt darüber eine Aussprache.

Seite

2 Soziales und strukturpolitisches Desaster für die nordrhein-westfälischen Städte verhindern: Der Landtag lehnt einen Verkauf der LEG ab! 7

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/207

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

3 Das NRW Ziel-2-Programm 2007-2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten 12

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108

Der Ausschuss beschließt, den Antrag ohne Votum an den federführenden Ausschuss abzugeben.

4 „Rauchwarnmelder-Bonus“ in der Gebäudeversicherung 13

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/1026
Ausschussprotokoll 14/191

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der SPD-Fraktion sowie gegen die Stimme der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Grünen-Fraktion sowie gegen die Stimmen der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Seite

5 Erste Verordnung zur Änderung der Versammlungsstättenverordnung 15

Vorlage 14/709

Der Ausschuss stellt das Benehmen gemäß Vereinbarung der Fraktionen her.

6 Die Zukunft des Nahverkehrs in NRW planen - den von der Bundesregierung beschlossenen Mittelkürzungen nicht konzeptionslos begegnen! 16

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/1976

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zu.

****

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt **Dieter Hilser (SPD)** für seine Fraktion, den in der Tagesordnung aufgeführten Punkt 1 „Haushaltsgesetz 2007“ von der Tagesordnung abzusetzen, da den Fraktionen die Ergänzungsvorlage erst heute Morgen zugegangen sei.

Hubert Schulte (CDU) führt aus, die Ergänzungsvorlage habe zwar ein imponierendes Ausmaß, allerdings mache der Bereich Bauen und Verkehr nur einen kleinen Teil davon aus. Darüber hinaus mache er auf folgenden Umstand aufmerksam: Der Feiertag am vergangenen Mittwoch habe dazu geführt, dass die Steuerschätzer entgegen dem ansonsten üblichen Tagungsmodus erst am Donnerstag oder Freitag hätten zusammentreten können, um ihr Ergebnis vorzulegen. Dieses vorgelegte Ergebnis habe dann der Regionalisierung bedurft, die das Wochenende in Anspruch genommen habe. Am vergangenen Donnerstag habe dann im Haushalts- und Finanzausschuss durch Billigung der Vorsitzenden Frau Brunn eine umfassende Information des Ausschusses durch die Landesregierung stattgefunden, in deren Rahmen alle Punkte der Ergänzungsvorlage dargestellt und begründet worden seien. Auch seine Fraktion habe sich kurzfristig mit den Haushältern zusammensetzen müssen, um sich über die Änderungen informieren zu lassen. Er bedauere es, wenn die Binnenstrukturen in den anderen Fraktionen nicht funktionierten, aber dies dürfe nicht dazu führen, dass der Ausschuss das Haushaltsgesetz 2007 heute nicht berate.

Horst Becker (GRÜNE) zeigt sich angesichts einer Einigung im Obleutegespräch über die jetzige Verfahrensweise verwundert. Voraussetzung für eine ordnungsgemäße Beratung des Haushaltsgesetzes 2007 in der heutigen Sitzung sei der rechtzeitige Zugang der Ergänzungsvorlage gewesen. Einen Zugang dieser Ergänzungsvorlage etwa zwei Stunden vor der Sitzung halte er nicht für rechtzeitig. Insofern unterstütze er die Kritik der SPD-Fraktion. Er beantrage, Punkt 1 der Tagesordnung „Haushaltsgesetz 2007“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Vorsitzender Wolfgang Röken plädiert vor dem Hintergrund der späten Vorlage der Ergänzungsvorlage dafür, sich auf einen neuen Sitzungstermin zur Beratung des Haushalts 2007 zu verständigen.

Dieter Hilser (SPD) legt dar, eine wesentliche Aufgabe des Landtages sei die Beratung des Haushalts. Für die rechtzeitige Vorlage der Unterlagen habe die Landesregierung und nicht der Landtag zu sorgen. Verursacher für die jetzige Situation sei nicht der Ausschuss, sondern die Landesregierung.

Dass am vergangenen Mittwoch ein Feiertag gewesen sei, sei schon länger bekannt gewesen. Insofern habe Klarheit über die terminliche Situation bestanden. Trotzdem habe die Landesregierung eine rechtzeitige Vorlage der Ergänzungsvorlage angekündigt, nämlich spätestens Montag.

Des Weiteren hätten die Mitglieder dieses Ausschusses nicht die Pflicht, sich bei Mitgliedern anderer Ausschüsse sachkundig zu machen, sondern die Landesregierung habe die Aufgabe, die jeweiligen Ausschüsse ordnungsgemäß zu informieren. Dies sei jedoch nicht geschehen. Wenn die Koalitionsfraktionen darauf bestünden, diesen Tagesordnungspunkt heute zu beraten, dann werde seine Fraktion an der weiteren Sitzung nicht teilnehmen.

Horst Becker (GRÜNE) appelliert an die Koalitionsfraktionen, sich an dem im Vorfeld vereinbarten Verfahren zu halten. Er halte das Haushaltsgesetz 2007 unter den derzeitigen Gegebenheiten für nicht beratungsfähig.

Es könne auch nicht sein, dass mündliche Vorträge des Finanzministers anschließend durch die haushaltspolitischen Sprecher an die Fraktion weiterzugeben seien.

Bernhard Schemmer (CDU) macht deutlich, es gehe lediglich um 30 geänderte Zahlen. Er habe nur eine halbe Stunde Zeit benötigt, um sich über die Änderungen, die den Bereich Bauen und Verkehr beträfen, zu informieren.

Vorsitzender Wolfgang Röken bittet die Fraktionen darum, sich auf eine gemeinsame Verfahrensweise zu verständigen. Er schlage vor, sich auf einen neuen Termin zu verständigen, was auch ohne Einhaltung von Fristen geschehen könne.

Aufgrund der kurzfristigen Vorlage der Ergänzungsvorlage habe er keine halbe Stunde Zeit gehabt, um sich die Änderungen anzusehen.

Johannes Remmel (GRÜNE) betont, es gehe insbesondere um das Selbstverständnis des Parlamentes. Es könne nicht im Interesse des gesamten Parlamentes und dieses Ausschusses sein, dass eine derartig umfassende Vorlage beraten werde, die erst zwei Stunden vor Sitzungsbeginn den Fraktionen zur Verfügung gestellt worden sei. Jeder wisse, dass Haushaltsberatungen intensive Fraktionsberatungen vorausgingen. Da in den jeweiligen Fraktionen eine Gesamtabwägung stattfinde, müsse man die Möglichkeit haben, die Unterlagen in den Fraktionen zu würdigen, um vorbereitet in die Ausschusssitzungen zu gehen. Insofern plädiere er an die Regierungsfraktionen, als Parlamentarier und nicht als treurer Diener der Landesregierung zu entscheiden. Er schlage vor, in der nächsten Sitzung vor den Plenartagen eine Sondersitzung durchzuführen.

Dieter Hilser (SPD) schließt sich dem Vorschlag von Johannes Remmel (GRÜNE) an.

Vor dem Hintergrund, dass der Abgeordnete Schemmer sich bereits über die Änderungen habe informieren können, möchte er wissen, an welcher Stelle im Haushaltsplan die 97 Millionen €, die dem Land aufgrund der Föderalismusreform zugewiesen würden, stünden.

Vorsitzender Wolfgang Röken bittet darum, keinen Vorgriff auf die Detailberatungen zu machen.

Als Termin für eine Sondersitzung würde sich der Dienstagmorgen anbieten.

Hubert Schulte (CDU) lässt wissen, bereits vor der Änderungsliste des Finanzministers habe es eine Änderungsliste des Ministeriums für Bauen und Verkehr gegeben, insbesondere im Hinblick auf Wohnraumförderung und Regionalisierung Nahverkehr. Dies seien auch die wesentlichen Punkte in der jetzt vorliegenden Änderungsliste. Es sollte niemand so tun, als gäbe es etwas Neues, was die Grundzüge des vom Finanzministers im Parlament eingebrachten Haushaltes auf den Kopf stelle. Er schlage vor, dass der Staatssekretär die Änderungsliste vorstelle.

Johannes Remmel (GRÜNE) regt eine Sitzungsunterbrechung an, um sich über die Verfahrensweise im Sprecherkreis zu verständigen. Hieran sollten auch die Geschäftsführer der Fraktionen teilnehmen, da er dies für einen ernsthaften Vorgang halte, den das Parlament nicht dulden könne.

Nach einer kurzen Sitzungsunterbrechung teilt **Vorsitzender Wolfgang Röken** mit, dass sich die Sprecher der Fraktionen darauf verständigt hätten, die Haushaltsberatungen in einer Sondersitzung am nächsten Dienstag um 8:30 Uhr durchzuführen.

1 Aktuelle Viertelstunde

hier: Kontrollen zu Überschreitungen des LKW-Ladungsgewichtes

Vorsitzender Wolfgang Röken teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe am 2. November 2006 die Durchführung einer Aktuellen Viertelstunde zum Thema „Kontrollen zu Überschreitungen des LKW-Ladungsgewichtes“ beantragt.

Horst Becker (GRÜNE) führt aus, in der WDR-Sendung „Westpol“ sei unter anderem dargestellt worden, dass das Innenministerium keine Auskunft zu dem Tatbestand gegeben habe, dass es faktisch zu wenig LKW-Kontrollen gebe und es sowohl personell als auch materiell nicht die notwendigen Voraussetzungen gebe, um eine ordnungsgemäße Kontrolle des LKW-Ladungsgewichts in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen. Vor dem Hintergrund bitte er um einen Bericht der Landesregierung.

Vorsitzender Wolfgang Röken weist darauf hin, dass dieses Thema in das Ressort des Innenministeriums falle. Von daher sei ein Vertreter des Innenministeriums anwesend, der nun einen Bericht zu dem angesprochenen Thema abgebe.

LPD Wolfgang Blindenbacher (IM) trägt vor:

> Auch wir haben uns den Beitrag in der Sendung „Westpol“ angesehen und festgestellt, dass fünf Aussagen gemacht worden sind, von denen nur eine zutreffend ist. Auf diese Aussagen gehe ich nun im Einzelnen ein.
>
> Die erste Aussage lautete, dass im Land Nordrhein-Westfalen lediglich 30 Personen für die Überwachung zur Verfügung stehen. Die Kontrollen von LKW werden bei der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen von speziell ausgebilde-